



Foto: www.fotolia.de; © mdfiles

Zeit für einen neuen New Deal

Einleitung zum Schwerpunkt:

von Kai Burmeister

und Stefan Stache

» Zu Beginn des neuen Jahres befinden wir uns in Mitten der größten Krise kapitalistischen Wirtschaftens seit den Zeiten der Großen Depression. Der Internationale Währungsfonds (IWF) mag lange Zeit für seine wirtschaftspolitische Ausrichtung gescholten worden sein, um so bemerkenswerter sind die jüngsten Prognosen der Washingtoner Behörde: Um über zwei Prozent soll die Wirtschaftsleistung in den entwickelten Ländern zurück gehen und ohne ein entschiedenes und koordiniertes Handeln der Regierungen drohe vielen dieser Ländern der Absturz in eine Deflation. Das sind nötige und klare Worte, die angesichts des Szenarios gebraucht werden, die aber bislang eher Mangelware sind.

Der richtige Ort für klare Worte wäre ein wirkliches Weltwirtschaftsforum, aber von den Schweizer Bergen ging Ende Januar kein entsprechendes Signal aus. Es ist zwar mittlerweile eine gute Tradition für die Eliten aus Unternehmen, Politik und Wissenschaft geworden, zum jährlichen Stelldichein beim World Economic Forum zusammen zu kommen, aber zur Bewertung und Auflösung der augenblicklichen Krise hat das Forum in Davos nichts beizutragen gehabt. Dieses Treffen steht allerdings stellvertretend für die existierenden

Erklärungsmuster der wirtschaftlichen und politischen Eliten: Ein Teil der TeilnehmerInnen geißelt mittlerweile routiniert die unakzeptable Gier einiger weniger, während der andere Teil argumentativ umgeschwungen ist und sich jetzt ganz pragmatisch für staatliche Interventionen ausspricht.

Um zu dieser Erkenntnis zu gelangen, brauchte es eine lange Zeit. Noch im Sommer wollte insbesondere die deutsche Regierung nichts von konjunkturstützenden Maßnahmen wissen und setzte auf eine Strategie des Abwartens. Mittlerweile haben Christ- und SozialdemokratInnen, nach einem ersten zaghaften Versuch vom November 2008, tatsächlich ein Konjunkturprogramm verabschiedet. In diesem Zusammenhang ist die Kritik des „too little and too late“ sicher berechtigt, aber ohne Zweifel ist in Berlin mittlerweile verstanden worden, dass Abwarten nicht mehr reicht. Diese Maßnahmen und die Unterstützung von Banken markieren eine vorläufige Wende in der Wirtschaftspolitik, die vor der Krise vehement von der Bundesregierung abgelehnt wurde. Ob diese Stützungsversuche ausreichen werden, steht jedoch angesichts der Deflationsgefahr auf einem anderen Blatt.

» Die kurzfristige Aufgabe fortschrittlicher Politik ist es, einen Wachstumseinbruch und die damit verbundenen Arbeitsplatzverluste so weit wie möglich zu minimieren. Dazu gehört es, den Raum für weitere konjunkturstützende Maßnahmen offen zu halten und bodenbildende Maßnahmen, wie etwa Entlastungen für Haushalte mit einer geringen Sparquote und weitere öffentliche Investitionen, in die Diskussion zu bringen. Gleichzeitig muss der aufkommenden Rhetorik des „Jetzt hat der Staat alles getan“ und der beabsichtigten Schuldenbremse entgegengetreten werden. Ein drittes Konjunkturpaket ist schlicht besser als ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit!

□ Fortschrittliche Politik braucht erweiterte Perspektiven

Die akute Krisenbewältigung muss für die parlamentarische Politik an erster Stelle stehen. Aber es geht für die Sozialdemokratie wie für die politische Linke auch darum, sich um die Deutungsmuster der Krise zu bemühen.

Plötzlich scheinen sich alle politischen AkteurInnen einig zu sein, dass die Krise eine gesellschaftliche Zäsur markiert. Allerdings unterscheidet sich die Interpretation der Zäsur vielfach grundlegend: Auf der einen Seite werten Neoliberale sie als Betriebsunfall der funktionierenden Marktwirtschaft, während die Linke sie als eine weitere Krise innerhalb des kapitalistischen Systems oder eine Krise des Kapitalismus selbst diskutiert.

Wie die Linke die Frage auch beantworten mag – sie befindet sich mitten in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung um die politischen Konsequenzen. Im Ergebnis ist das politische Ende des neoliberalen Projekts keineswegs sicher. Während die Mehrheit der gesellschaftlichen ArbeitnehmerInnenschaft und ein Teil der sozialintegrativen Oberschicht schon lange vor der Finanzmarktkrise das Vertrauen in die Selbstregulierung der Märkte verloren hatte, verhält sich die Mehrheit der liberal-technokratischen und konservativen Elite widersprüch-

lich: Zwar scheint die Krise auch ihr Vertrauen in freie Finanzmärkte erschüttert zu haben, die politischen AkteurInnen geben jedoch neoliberale Grundpositionen als Strategie der Wahrung ihrer sozialen und ökonomischen Interessen keineswegs auf. Ihre RepräsentantInnen in den Wirtschaftsverbänden, der FDP und Teilen der CDU/CSU werden nicht müde, weiterhin Steuersenkungen und den Rückzug des Staates zu fordern. Auch hinsichtlich der aufkommenden linken Etiketten sollte ein kühler Blick an erster Stelle stehen: Hinter der Schlagzeile der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung „Enteignungen rücken näher. Der Widerstand in der CDU wird schwächer“ (1. Februar 2009) im Zusammenhang mit der „Bankenverstaatlichung“ steht derzeit wohl kaum eine stärkere gemeinwohlorientierte Ausrichtung des Finanzsektors. Darum und über den öffentlichen Einfluss auf die Geschäftspolitik gestützter Unternehmen müsste es aber gehen.

» Aufgabe der SPD-Linken ist es jetzt, in den Parteigliederungen eine programmatische und konzeptionelle Debatte anzustoßen. Aufhänger sollte neben der aktuellen ökonomischen Lage auch eine kritische Rückschau auf die eigenen Positionen sein. Zwar skandalisierte 2005 Franz Münterfering mit treffsicherem politischen Gespür die Renditeforderungen der Hedge- und Private-Equity-Fonds, aber die eigenen Erwartungen und die eigene Rolle bei der Durchsetzung des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus in der Phase der rot-grünen Regierungszeit wurden nie wirklich reflektiert. Mindestens zwei weitere Felder der wirtschaftspolitischen Konzeption sollten dabei kritisch betrachtet werden.

Die langwierige Debatte um das Für und Wider der Strukturreformen am Arbeitsmarkt und der „Sozialstaatsmodernisierung“ hatte neben ihrem Gerechtigkeitsdefizit das Manko, dass bei diesen für die Ökonomie eher nachrangigen Aspekten die Aufmerksamkeit für den zu gestaltenden Fortschritt der Produktivkräfte bzw. die politische Förderung und Erschließung neuer Leitmärkte verloren gegangen ist.

Dahinter steht das Problem, dass die These vom Ende der industriellen Fertigung und des unaufhaltsamen Aufstiegs eines wie auch immer zu fassenden Dienstleistungssektors zu lange nicht hinterfragt in die eigene Konzeption übernommen wurde. Die Folge: Heute fehlt der SPD vielfach das Wissen über die arbeitsweltliche Lage vieler ihrer Wählergruppen.

Um die analytischen Defizite ansatzweise auszugleichen, finden sich in den Artikeln von Lucas Zeise und Michael Krätke sehr kenntnisreiche Darstellungen über die Ursachen der Finanzmarktkrise und deren Auswirkungen auf die Realwirtschaft.

□ **Umriss einer neuen Wachstumskonstellation**

Die angesprochenen Auseinandersetzungen um die finanzpolitischen Maßnahmen sind dringend notwendig. Aber weder fünf, zehn noch fünfzig Milliarden Euro zusätzlicher Mittel werden für sich genommen darüber entscheiden, ob eine neue Wachstumskonstellation geschaffen werden kann.

Auf Seiten der politischen Linken wird derzeit mit Blick auf die historische Situation der 30er Jahre wieder vermehrt von einem neuen New Deal gesprochen. Diese Phase des New Deals in den USA bzw. des Aufstiegs des Keynesianismus in Europa charakterisierte Peter von Oertzen wie folgt: „Ökonomisch beruht dieses wohlfahrtsstaatliche System auf der seit den dreißiger Jahren neu entwickelten Fähigkeit des Staates und der ihn tragenden Klassen, durch zielbewußte Finanz-, Haushalts- und Sozialpolitik die innewohnende Krisentendenz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu dämpfen und bis heute die Wiederkehr katastrophaler Wirtschaftskrisen wie der von 1929 bis 1939 zu verhindern.“ Die Debatten in der akademischen und politischen Linken um die Möglichkeiten und Grenzen keynesianischer Stabilisierung reichen dabei lange zurück. Als Konsens ist aber hervorzuheben, dass dieses Instrument es den unteren und mittleren Einkommensgruppen ermöglichte, ihre Lebenssituation nachhaltig zu

verbessern und am Produktivitätsfortschritt teilhaben zu können. Den Zusammenhang zwischen ökonomischer Stabilität und einer entsprechenden Verteilung gilt es angesichts der gewaltigen Ungleichverteilung wieder zu thematisieren!



Neben dieser verteilungspolitischen Funktion wirkte das Programm der Roosevelt-Administration auch auf einer anderen Ebene. Durch die öffentlichen Investitionen wurde beispielsweise im Süden der USA versucht, veraltete Produktionskapazitäten zu modernisieren bzw. gänzlich neue zu entwickeln. Auch dieser Aspekt verdient heute wieder eine nähere Betrachtung. So bemerkt Benedikt Fehr in der FAZ vom 26. Januar 2009, dass mit dem augenblicklichen Konjunkturabsturz zusehends auch eine Bereinigungskrise im Finanzsektor und in traditionellen Schlüsselindustrien einher geht. Der Niedergang von Geschäftsmodellen der Fonds mag dabei sehr wohl gewünscht sein, es ist aber eindeutig, dass es sich bei den industriellen Kernen anders verhält.

Wenn sich die politische Linke an die große Herausforderung eines neuen New Deals wagt, so gilt es vorab die Zielrichtung künftiger gesellschaftlicher und ökonomischer Entwicklung zu klären. Auf der programmatischen Ebene sind durchaus Elemente vorhanden, die unter dem Dach des neuen New Deals zusammengeführt werden können:

Ökonomische Modernisierung: Vom Bundesumweltministerium ist die Initiative zu einer ökologischen Industriepolitik angestoßen worden, bei der Elemente einer Wirtschafts-, Umwelt- und Beschäftigungspolitik zusammengeführt worden sind. Im Mittelpunkt stehen dabei die grünen Leitmärkte der Energie-, Mobilitäts-, Effizienz- und Life-Science-Technologien und eine grundsätzlich positive Orientierung gegenüber dem technischen Fortschritt. Hinzu kommen muss eine mutige makroökonomische Konzeption, auf die Eckhard Hein und Achim Truger in ihrem Beitrag eingehen.



Foto: www.pixelio.de; Cornerstone

Ausgebauter Sozialstaat: Die künftige Rolle eines ausgebauten Sozialstaates wurde in spw immer wieder aufgegriffen (vgl. spw 168). Kai Burmeister und Till von Treeck setzen in ihrem Artikel unter Bezugnahme auf die Kernaussagen der ökonomischen Theorie John Maynard Keynes daran an und betonen, dass eine gleichmäßigere Verteilung und die angesprochene ökonomische Funktion des Sozialstaats stärker herauszuarbeiten sind.

Demokratie in der Wirtschaft: Die demokratische Steuerung der Investitionstätigkeit wird bei Keynes ebenfalls als eine Grundvoraussetzung einer stabilen ökonomischen Konstellation genannt. Die SPD-Linke verfügt beispielsweise mit den Ausarbeitungen von Peter von Oertzen über eine rote Linie in ihrer Geschichte, die „Demokratisierung der Wirtschaft“ inhaltlich füllen zu können und damit zu direkten Konsequenzen über die konkrete Krisenbewältigung hinaus zu kommen.

Europa und die Welt: Angesichts der Internationalisierung der Produktion sowie der Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft ist es erforderlich, die europäische und internationale Dimension als integralen Bestandteil eines politischen neuen New Deals zu begreifen. In diese Richtung machte sich jüngst Heidemarie Wieczorek-Zeul in einem Beitrag in der Frankfurter Rundschau unter dem Titel „Neuer Global Deal“ stark. Auch die strikte Regulierung der Finanzmärkte und seiner AkteurlInnen ist auf internationaler und europäischer Ebene anzugehen.

Diese vier Ansatzpunkte dürfen aber nur Mindestbestandteile eines neuen New Deals sein. Eine Ausweitung auf andere Politikfeldern ist ebenso notwendig. Entscheidend ist dabei der Wille, dem ökonomischen Fortschritt eine Richtung zu geben.

☞ Kai Burmeister ist Gewerkschaftssekretär der IG Metall in Frankfurt.
☞ Stefan Stache ist Chefredakteur der spw.

LINKE?

Bei uns schon
seit 1863!

Mitglied werden!

DL 21

Forum demokratische Linke
Die Linke in der SPD

www.forum-dl21.de